Stadt Haan
Niederschrift über die
**13. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten
der Stadt Haan**
am Donnerstag, dem 06.03.2025 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
18:25

Vorsitz

Stv. Tobias Kaimer

CDU-Fraktion

AM Robert Abel

AM Udo Greeff

Stv. Gerd Holberg

Stv. Folke Schmelcher

Vertretung für Stv. Dr. Bölke

SPD-Fraktion

AM Ulrich Klaus

Stv. Simone Kunkel-Grätz

Stv. Jens Niklaus

Stv. Bernd Stracke

Vertretung für AM S. Niklaus

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

Stv. Nadine Lütz

AM Bernard Pla

GAL-Fraktion

AM Uwe Elker

Stv. Nicola Günther

FDP-Fraktion

AM Reinhard Zipper

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Dr. Rolf Brockmeyer

Schriftführung

StA Daniel Jonke

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

StRD'in Andrea Kotthaus

VA Michael Schneider

StBAR Ulf Dalkmann

Frau Andrea Kronauer

StBM Stefan Longerich

Gleichstellungsbeauftragte

VA Nicole Krengel

Der Vorsitzende Stv. Tobias Kaimer eröffnet um 17:00 Uhr die 13. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Es liegen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Meldungen zur Befangenheit vor.

2./ Ausschreibungsverfahren zur Beauftragung eines Sicherheitsdienstes für die städtischen Unterkünfte der Stadt Haan

Protokoll:

1. Bgo. Herz erläutert die Vorlagen zu den TOPs 2.1 und 2.2. Auch nach Rückmeldung der Polizei hätten die meisten Einsätze überwiegend im Nachtbereich stattgefunden.

Die Verwaltung habe sich daraufhin entschieden, den Beschlussvorschlag dahingehend anzupassen, dass man in der Unterkunft Ellscheid keine Doppelschicht von Sicherheitspersonal rund um die Uhr, sondern als Doppelschicht lediglich in den Nachtstunden von 20:00 – 06:00 Uhr anfordern wolle. Die Hausmeister würden weiterhin nur zu zweit in die Unterkunft gehen. Die Mitarbeiter_innen der Verwaltung könnten nach wie vor nicht zur Beratung in die Unterkunft gehen, sondern weiterhin ihre Beratungsleistungen nur in den Büroräumlichkeiten der Stadtverwaltung anbieten.

PHK Nellen ergänzt für die Polizei, dass diese den Zeitraum vom 01.01.2024 bis zum 05.03.2025 untersucht habe. In dieser Zeit hätten an der besagten Unterkunft ca. 30 Einsätze stattgefunden, von denen 13 Einsätze polizeirelevant gewesen seien. Die überwiegende Mehrheit der Einsätze habe in den Nachtstunden stattgefunden.

Stv. Lukat führt aus, dass sich die WLH-Fraktion eine vernünftige Gefährdungsanalyse gewünscht hätte. Es stelle sich die Frage, ob bei insgesamt 30 Einsätzen überhaupt ein Sicherheitsdienst notwendig sei. Sie möchte wissen, wie viele der 27 Personen seien sicherheitsrelevant und welche Maßnahmen würden bereits ergriffen.

1. Bgo. Herz erläutert, dass selbstverständlich nicht alle Personen gefährlich seien, jedoch seien die Bewohner überwiegend sich selbst überlassen. In der Unterkunft gäbe es immer wieder Probleme mit Vandalismus sowie dem Brandschutz. Letzterer müsse jedoch sichergestellt sein, da die Bewohner ansonsten die Unterkunft verlassen und anderweitig untergebracht werden müssten. Bezüglich einer Sicherheitsbeurteilung teilt sie mit, dass diese der Vorlage der Verwaltung zu entnehmen sei. Sie teilt weiterhin mit, dass keine der umliegenden Städte ein Sicherheitskonzept bezüglich der Unterkünfte habe. Die Verwaltung sei jedoch trotzdem gerade dabei, ein umfassendes, für alle Unterkünfte geltendes Sicherheitskonzept zu entwickeln.

Stv. Lukat führt aus, dass eine endgültige Datenbasis noch nicht vorliege und die Vorlagen erst kurzfristig vorgelegen hätten. Sie beantragt daher für die heutige Sitzung eine Aussetzung der Abstimmung.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** erläutert, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen auch bereits zum Sachverhalt berichtet worden sei. Positiv empfindet er die Anpassungen der Zeiten des Sicherheitsdienstes durch die Verwaltung.

VA Schneider berichtet, dass es in der Unterkunft Ellscheid oft zu Streitigkeiten unter den Bewohnern komme. Diese würden jedoch hauptsächlich untereinander geregelt werden, weniger unter Einbeziehung der Verwaltung oder der Polizei, daher könne nicht allein die Anzahl der Polizeieinsätze als Maßgabe herangezogen werden. Allein im letzten Jahr seien vier Mal die Brandmelder ausgefallen, da diese durch Bewohner zerstört worden seien. Sofern der Brandschutz nicht schnellstens wiederhergestellt werden könne, müsste die Unterkunft freigezogen werden, so dass die Bewohner anderweitig unterkommen müssten. Jedoch sehe die Verwaltung aktuell nur wenig bis keine Möglichkeiten, dies umzusetzen, weil es die Raumkapazitäten nicht hergeben.

Stv. Stracke meldet zu TOP 2.2 Beratungsbedarf an. Zur Unterkunft Ellscheid würde er gerne wissen, wer dort untergebracht sei, was die Streitpunkte seien und welche Gründe zu den Streitigkeiten führen sowie die Möglichkeiten, welche bestünden, dagegen vorzugehen.

AM Abel teilt mit, dass die Sicherheit ein schnelles Handeln gebiete, weshalb die CDU-Fraktion zustimmen werde.

1. Bgo. Herz erklärt, dass die Verwaltung auf eine sozialverträgliche Belegung der Unterkünfte achte. Laut Beschluss dürften geflüchtete zusammen mit obdachlosen Personen untergebracht werden. In anderen Unterkünften funktioniere dies auch. In dieser Unterkunft seien jedoch Personen untergebracht, welche nur schwer mit anderen Personen zusammen untergebracht werden könnten. Auch die Verwaltung sei nicht glücklich mit dieser Situation, man habe jedoch auch keine Optionen, die Personen anders unterzubringen. Generell sei festzustellen, dass das Aggressionspotential steige.

VA Schneider ergänzt, dass von 29 untergebrachten Personen 13 extremst auffällig in ihrem Sozialverhalten seien. Jedoch könne die Verwaltung nur wenig unternehmen. In der Mehrzahl seien es deutsche Obdachlose, welche gefährlich seien. Jedoch seien dort auch Geflüchtete untergebracht, welche bereits mehrfach Straftaten begangen hätten. Es würden auch temporäre Hausverbote erteilt, jedoch seien diese nur schwer durchzusetzen bzw. zu kontrollieren.

Stv. Lukat führt aus, dass dies keine neue Problemlage sei und hierzu bisher immer in Form einer Gefährdungsanalyse berichtet worden sei. Sie fordere daher eine vernünftige Aufstellung der Zahlen und des Sachverhaltes und hofft auf eine entsprechend umfassende Vorlage zum Haupt- und Finanzausschuss und Rat.

AM Zipper verweist darauf, dass Risikoanalysen vernünftige Kriterien und Stichproben benötigen. Der Vorlage zur Düsseldorf Straße könne er zustimmen, bezüglich der Unterkunft Ellscheid schließe sich die FDP-Fraktion dem Beratungsbedarf der SPD an.

**2.1. Ausschreibungsverfahren zur Beauftragung eines Sicherheitsdienstes für
/ die städtischen Unterkünfte der Stadt Haan
hier: Wohnunterkunft Düsseldorf Straße
Vorlage: 50/059/2025**

Beschluss:

1. Der FOA beschließt für den Leistungszeitraum vom 01.10.2025 (00:00 Uhr) bis 30.09.2027 (24:00 Uhr) – mit der Möglichkeit der Vertragsverlängerung bis spätestens zum 30.09.2029 – die Durchführung von Sicherheitsdienstleistungen am Standort der städtischen Wohnunterkunft Düsseldorf Str. 15 in Haan. Der Leistungsumfang umfasst täglich 48 Stunden Sicherheitsdienstleistungen an sieben Tagen der Woche.
2. Der FOA beschließt für den unter 1. genannten Zeitraum die Durchführung von Sicherheitsdienstleistungen im Zusammenhang mit Sondereinsätzen / Kontrollen (Einhaltung der Hausordnung etc.) an allen Standorten der städtischen Wohnunterkünfte in Haan, welche über keinen Sicherheitsdienst verfügen. Der Leistungsumfang umfasst insgesamt 100 Stunden für Sicherheitsdienstleistungen, welche bei Bedarf durch den Auftraggeber flexibel abgerufen werden können.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Ausschreibungsverfahren entsprechend Nrn. 1 und 2 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**2.2. Ausschreibungsverfahren zur Beauftragung eines Sicherheitsdienstes für
/ die städtischen Unterkünfte der Stadt Haan
hier: Wohnunterkunft Ellscheid 9
Vorlage: 50/060/2025**

Beschluss:

Die SPD-Fraktion hat Beratungsbedarf bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses angemeldet. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**3./ Änderung der Kirmesgebührensatzung 2025
Vorlage: 60/081/2025**

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur 9. Änderung der Satzung der Stadt Haan über die Erhebung von Gebühren aus Anlass der Haaner Kirmes (Kirmesgebührensatzung) wird in der Fassung der **Anlage 1** beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**4./ Zukunft des Wochenmarktes: Beteiligung der Bevölkerung über die Seite
„Beteiligung.NRW“ zur Gestaltung und Nutzung des Wochenmarktes.
Speziell zu einer komprimierteren Aufstellung der Marktstände und einer
gastronomischen Ergänzung
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 21.01.2025**

Protokoll:

Stv. Schmelcher erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

Stv. Lukat entgegnet, dass der hiesige Ausschuss keine Zuständigkeit habe. Zudem betätige sich die Stadt bereits auf dem Portal Beteiligungen.NRW, wobei die Rückmeldungen leider nur sehr gering seien. Sie frage sich zudem, was eine erneute Bürgerbeteiligung bringen solle, wo man doch bereits 20.000,- Euro in ein

Zukunftskonzept des Wochenmarktes investiert habe.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** teilt mit, dass gem. der Zuständigkeitsordnung der Ausschuss für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten (FOA) der für den Wochenmarkt zuständige Ausschuss sei. Die CDU sei zudem oft angesprochen worden, weshalb man den Antrag formuliert habe.

StOVD'In Kotthaus bestätigt die Zuständigkeit des FOA, da der Wochenmarkt auch haushalterisch dem Amt für Brandschutz, Recht und öffentliche Ordnung zugeordnet sei. Sie stellt zudem dar, dass die jetzige Aufstellung der Marktstände aufgrund der Anforderungen an den Brandschutz nur schwer geändert werden könnten.

AM Zipper kritisiert, dass bisher immer nur die befragt worden seien, die ohnehin den Wochenmarkt besuchen. Es sollte auch die erreicht werden, welche den Wochenmarkt nicht besuchen, um herauszufinden, woran dies liegen könnte.

AM Elker bekräftigt für die GAL-Fraktion ebenfalls, dass sich der Sinn des Antrages nicht erschließe.

Stv. Stracke erläutert, dass die SPD grundsätzlich kein Problem mit einer Bürgerbefragung habe, jedoch stelle sich die Frage, welchen Mehrwert diese gegenüber dem bereits bestehenden Konzept bringen könne.

Stv. Schmelcher zieht aufgrund der Beratungen im Ausschuss den Antrag der CDU-Fraktion zurück.

Beschluss:

Der Antrag wurde seitens der CDU-Fraktion zurückgezogen. Ein Beschluss erfolgt daher nicht.

5./ Aufwandsentschädigung, finanzielle Zuwendungen Freiwillige Feuerwehr Haan hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 22.01.2025

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH-Fraktion.

StBAR Dalkmann teilt mit, dass aktuell Fahrkostenersatz gezahlt werde. Auch gebe es eine Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Führungskräfte, welche sich an der Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Rates orientiere. Er führt aus, dass es sich jedoch immer noch um ein Ehrenamt handele. Die Stadt Haan habe aber bereits eine gute Regelung diesbezüglich, man könne die Regelungen aber nochmal anpassen.

Stv. Stracke erläutert, dass der Antrag der WLH-Fraktion weitergehe als bisher, da nicht nur Führungskräfte eine Aufwandsentschädigung erhalten sollten. An die Verwaltung gerichtet, teilt er mit, dass es gut wäre, in einer entsprechenden Sitzungsvorlage ein Für und Wider aufgezeigt zu bekommen.

StRD'in Kotthaus teilt für die Verwaltung mit, dass diese gerne etwas ausarbeiten und dem Ausschuss zwecks eines finanziellen Ansatzes im Haushalt 2026 vorlegen könne.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt mit Vertreter*innen der Freiwilligen Feuerwehr Haan einen Entwurf für eine Satzung zu erstellen über den Ersatz des Verdienstausfalls, des Auslagenersatzes, von finanziellen Zuwendungen und der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Haan.

Dieser wird dann dem FOA, HFA und Rat zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** verweist auf eine vorliegende Anfrage der SPD-Fraktion, welche heute per E-Mail an die Verwaltung gesendet wurde. Die Beantwortung erfolge aufgrund der Kurzfristigkeit daher zu Protokoll.

Antwort der Verwaltung zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.03.2025 bezüglich interaktiven Mülleimern/Hundekotbeutelhaltern

Die Haaner Stadtverwaltung verwendet regelmäßig QR-Codes und nutzt die wertvollen Vorteile: einfache Verteilung von Informationen, einfache Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern, effektive Nutzung moderner Marketingaktionen.

NFC-Tags funktionieren ähnlich wie QR-Codes, indem auch sie Informationen speichern, um den Benutzerinnen und Benutzern digitale Inhalte bereitzustellen. Vor- und Nachteile von QR-Codes und NFC Tags halten sich die Waage.

Die Verwaltung rät aber davon ab, die über 500 Müllbehälter im Stadtgebiet mit einem QR Code zu versehen, damit über den QR Code der Mängelmelder der Stadt informiert werden kann:

- Ein Mangel kann schnell via Smartphone über das Serviceportal der Internetseite gemeldet werden, hierzu ist keine weitere Technik notwendig.
- Über unsere Mängelmelder-App "tellme Mängel", die von der Bürgerschaft bereits intensiv genutzt wird, kann ein Mangel mit Foto und Standort gemeldet werden. Sie kann im Apple-AppStore sowie bei GooglePlay kostenlos heruntergeladen werden.
- Auch eine Mängelmeldung via E-Mail, Telefon oder persönlich wird selbstverständlich bearbeitet.
- Die Fälschungssicherheit von QR-Codes ist nicht gegeben, in aktueller Zeit werden viele QR-Codes zu Betrugszwecken überklebt und die Bürgerinnen und Bürger zu schädigen.

Auch hat die Anzahl an Meldungen von überfüllten Mülleimern in den letzten Monaten abgenommen bzw. ist aktuell kein Thema, da die Verwaltung auf die negativen Rückmeldungen im Herbst 2024 reagiert hat und entsprechende Anpassungen vorgenommen hat.

Für vielversprechender hält die Verwaltung allerdings, mittelfristig die Mülleimer mit Füllstand-Sensoren auszustatten, einem Element von Smart City. Ein wesentlicher Baustein beim Aufbau einer digitalen Infrastruktur ist LoRaWAN, eine Abkürzung für Long Range Wide Area Network, eine Funktechnologie. Sensoren erfassen hierbei Daten/Zustände, die über Antennen auf eine Internet-Plattform übertragen werden und dort visualisiert werden können.

Die Verwaltung hat hierfür einen Förderantrag eingereicht.

Die Bestückung der Spender mit Hundekotmüllbeuteln (freiwillige Leistung) wird von der Verwaltung und ehrenamtlichen Helfern in regelmäßigen Abständen vorgenommen. Die Verwaltung hat keinen Einfluss darauf, sollte dieses freiwillige Angebot so ausgenutzt werden, dass der Inhalt zum Beispiel täglich entleert wird. Die Beutel stellen einen Service für den Notfall dar, sollten die Hundehalter ihren eigenen Beutel vergessen haben. Anders als viele Städte in der Nachbarschaft bietet Haan die regelmäßige Befüllung dennoch weiterhin an.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

7./ Mitteilungen

Protokoll:

StRD'in Kotthaus teilt mit, dass die Verwaltung zum Haupt- und Finanzausschuss eine Vorlage bezüglich der Kranken- und Rettungstransportgebühren einbringen werde. Die Rückmeldung seitens der Krankenkassen seien leider erst kurz vor der Sitzung des FOA eingetroffen, so dass die Verwaltung zur heutigen Sitzung keine Vorlage mehr erstellen konnte.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.